

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Formul. Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkontrollrats Reich.

Postkontor: Dresden 1330
St. Riesa Nr. 22.

Nr. 77.

Mittwoch, 1. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigentages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 8. mm breiten, 4 mm hohen Grundschrift-Zeile (6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 80 mm breite, 4 mm hohe, 100 Gold-Pfennige; gestraubter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Hemdgröße, Maßstab, wenn der Betrag verfällt, auch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge, Anzeigen in der Elbe - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Relationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 31. März 1925.

Die heutige Landtagssitzung beginnt mit der dritten Beratung des Entwurfs eines

Landwirtschafts-Lawnergesetzes.

Abg. Vagenknecht (Dnat.) weist nochmals auf die ersten Bedenken hin, die die letzte Berufsvertretung der Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Sachverständigen und eine Zahl Forstwirte gegen die Einrichtung einer Forstkammer haben. Sie bedeute eine Ueberorganisation und eine einseitige Belastung der Landwirtschaft, die einen Fortschrittsfortschritt wünsche. Redner beantragt Annahme der vorliegenden Minderheitsanträge.

Die deutschnationalen und kommunistischen Minderheitsanträge werden abgelehnt und das Gesetz wird schließlich nach dem Entwurf mit den beantragten Änderungen der Ausschussmehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Weiter liegt vor der Gesetzentwurf über die

Aufwertung von

Gebäudebeschädigungsbeträgen

der Landesbrandversicherungsanstalt. Wesentliche Änderungen sind, daß als Stichtag der 1. September 1923 gelten soll und daß für Bauarbeiten, die nach dem 1. Januar 1925 ausgeführt werden, der jeweils geltende Teuerungszuschlag gewährt werden soll. — Auch dieses Gesetz findet Annahme.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Aufnahme einer

Anleihe zur Weiterführung stillgelegter Wohnungsbauten. Der Entwurf geht an den Haushaltsausschuß II.

Ein Antrag des Abg. Günther (Dem.) und Gen. auf Befreiung der Eigen- und Verkaufsbauten von der Entscheidung der Grundbesitzer

hat bereits den Ausschuß beschäftigt, der seine Annahme in folgender Fassung empfiehlt: Die Regierung zu erlauben: mit möglicher Beschleunigung dem Landtage eine Vorlage zu unterbreiten, die zur Befreiung des Wohnungsbau-Erleichterungen der im Bau befindlichen Steuern und Gebühren vorschlägt, und bei der Reichsregierung wegen des Erlasses oder der Ermäßigung der Grundbesitzersteuer bei der Erstellung von Wohnbauten vorstellig zu werden.

Abg. Günther (Dem.) tritt für Annahme seines Antrags in der ursprünglichen Fassung ein. Durch Erleichterungen und Ermäßigungen allein sei dem Baugewerbe nicht gedient. Wenn nicht ein vollständiger Erlass der Steuern erfolge, sei es ausgeschlossen, die private Bauwirtschaft in genügendem Umfang zur Herstellung von Wohnungen zu gewinnen. — Der Antrag findet hierauf in der Fassung des Ausschusses Annahme.

Die Regierungsvorlage über eine weitere Kapitalbeteiligung des sächsischen Staates bei der sächsischen Flughäfen-Betriebs-Gesellschaft m. b. H. wird in folgender Fassung angenommen:

Abg. Meinel-Tannenberg (DVP.) bezeichnet es als Pflicht des Staates, den Flugverkehr nach Möglichkeit zu fördern. Seine Partei werde der Kapitalbeteiligung des Staates mit 100 000 Mark zustimmen.

Abg. Lieberich (Komm.) erklärt, seine Partei könne eine derartige Verwendung der Steuergelder der Arbeiter nicht aufheben. Der Flugverkehr diene nur den Interessen der Bürokratie. Man müßte den dreifachen Fahrpreis des heutigen verlangen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Endlich gelangt zur Beratung der Antrag Röllig, Anders und Gen. wegen

Bereitstellung von Mitteln für Gemeinden, deren Straßen durch den Abtransport von Kammernschlitzern beschädigt werden.

Abg. Röllig (DVP.) begründet seinen Antrag, besonders die Straßen von Schandau, Sebnitz, Dörfelitz, Hermsdorf usw. hätten großen Schaden erlitten, der von den betreffenden Gemeinden nicht allein getragen werden könne. Redner beantragt die Ueberweisung seines Antrags an den Finanzausschuß II.

Das Haus beschließt antragsgemäß.

Nächste Sitzung: Donnerstag, nachm. 1 Uhr.

Strefemann spricht in Chemnitz.

Chemnitz. Im Rahmen einer Bismarckfeier der Deutschen Volkspartei in Chemnitz hielt Reichsaussenminister Dr. Strefemann eine Ansprache. Nach eingehender Würdigung der Persönlichkeit Bismarcks ging Dr. Strefemann kurz auf die außenpolitische Lage ein. Der Dezember 1924 habe eine schwierige Situation für Deutschland herbeigeführt, nachdem durch das Dawes-Gutachten die Grundlagen für eine Lösung des Reparationsproblems geschaffen und eine gewisse Entspannung zweifellos zu erkennen gewesen war. Die Nichträumung der Kölner Zone, die uns mit angeblichen Verletzungen in der Frage der Militärkontrolle begründet wurde, das Invektivenproblem und das angeklagte Drei-Mächte-Bündnis gegen Deutschland hatten die schwierige Situation geschaffen. Durch die deutsche Initiative des Sicherheitsabkommens sei die Lage heute zweifellos als entspannt anzusehen. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die bedeutungsvollen Äußerungen hin, mit denen der englische Außenminister in der letzten Sitzung des Unterhauses die Idee eines Militärabkommens gegen Deutschland abgelehnt habe und dem deutschen Standpunkt bezüglich einer auf friedlichem Wege zu erstrebenden Revision der Ostgrenzen volle Würdigung habe zuteil werden lassen. Beantworte der deutsche

Das Reichstwehrglück auf der Weser.

Zusgesamt 78 Mann vermisst — Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt.

Ueber den Vorgang der furchtbaren Katastrophe, die sich gelegentlich einer Reichstwehrrückführung auf der Weser in der Nähe von Vellheim ereignet hat, wird noch mitgeteilt, daß der Unglücksfall dadurch entstanden ist, daß beim Uebergang einer Abteilung über die Weser in der Gegend von Vellheim bei Minden eine aus mehreren Pontons gebaute Fähre aus bisher noch unbekanntem Grund gesunken ist. Ungefähr 100 Mann führten in das Wasser, von denen etwa die Hälfte vermisst wird. Es ist zu hoffen, daß eine Anzahl von ihnen gerettet und nach der Rettung in der Nähe der Unglücksstätte gelegenen Geschäften und Dörfern untergebracht worden ist. Der Divisionskommandant ist persönlich zur Untersuchung des Unglücksfalles an der Unglücksstelle erschienen.

Eine andere Meldung besagt: Für die Ueberbrückung der Truppen über die Weser hatten die Mindener Pioniere eine Fähre gebaut, die aus sechs Pontons bestand, die mit einem Bohlenbelag versehen waren. Nachdem die Fähre bereits zweimal die Weser mit Truppen an Bord ungefährdet überquert hatte, begannen bei der dritten Ueberfahrt mitten im Strom die hinteren Pontons wegzusinken und der Bohlenbelag riß auseinander. Ein Teil der 100 Mann, die sich auf der Fähre befanden, fiel ins Wasser, während sich die übrigen auf den noch schwimmenden Teil der Fähre retten konnten. Vom Ufer wurden sofort Rettungsdaktionen mit Pontons eingeleitet und es gelang, etwa 80 Mann dem Tode zu entreißen. Die übrigen der feldmarschmäßig ausgerüsteten Soldaten waren von der starken Strömung bereits abwärts getrieben worden. Biele von ihnen ertranken, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach einer Meldung der Postischen Zeitung sind bisher sechs Leichen geborgen worden, während der Totenliste meldet, daß bisher elf Tote festgestellt worden seien.

Hannover. (Funkpruch mittags 12 Uhr.) Nach den dem Infanterie-Führer 6 in Hannover eingezogenen Erkundigungen beträgt die bis heute morgen 10.45 Uhr festgestellte Vermisstenzahl: Ausbildungsbatt. 18 = 76 Mann, Kraftfahrabteilung 6 = 1 Offizier, Bomber-Batt. 6 = 1 Mann, zusammen 78 Mann. Die Zahl der Toten ist noch nicht ermittelt.

Anregungen sei vor allen Dingen die rechtsstehende transsylvanische Frage, welche wohl erkenne, daß die dauernde Sicherung des deutschen Rheinlandes einen der wichtigsten Kernpunkte der deutschen Initiative ausmache. Der Minister betonte, daß er sich verlagern müsse, auf Einzelheiten der angeordneten Fragen einzugehen. Die Außenpolitik, die Deutschland zu führen habe, werde in der nächsten Zeit eine unpopuläre sein und werde starke Anforderungen an die Zeitgenossen stellen. Aber die Zukunft werde Menschen und Völkern nicht beurteilen nach ausgesprochen unerfüllbaren Hoffnungen, sondern nach den Ergebnissen positiver geleisteter Arbeit, die uns, wenn auch auf kleinem Wege, der Konsolidierung der Verhältnisse näher bringen werde.

Döpler-Aschhoff preußischer Ministerpräsident.

Preussischer Landtag.

Präsident Bartels eröffnete gestern die Sitzung um 5 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

Die ohne Aussprache zu erfolgen hat. Es wird sofort in die Wahlhandlung eingetreten, die mit dem Namensaufruf beginnt.

Die Rechtsparteien (Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Volkische Vereinigung) stimmen für den früheren Entlastungskommissar Dr. Peter. Die Kommunisten stimmen wieder für Döpler. Die Fraktionen der Weimarer Koalition für Döpler-Aschhoff (Dem.).

Um 8 Uhr 10 Minuten verläßt Präsident Bartels das Ergebnis des ersten Wahlganges. Es wurden abgegeben 436 Stimmen. Unbeschrieben waren 6 Stimmentel. Die absolute Mehrheit beträgt also 218. Es haben erhalten

Dr. Döpler-Aschhoff (Dem.) 211 Stimmen
Dr. Peters (Rechtsparteien) 176
Döpler (Komm.) 43

Es muß also Stichwahl zwischen Dr. Döpler-Aschhoff und Dr. Peters stattfinden.

Die zweite Wahlhandlung nimmt sofort ihren Anfang. Kurz vor 7 Uhr teilt der Präsident Bartels das Ergebnis der zweiten Wahlhandlung mit. Es wurden 436 Stimmen abgegeben. Ungültig waren 43 Stimmentel, unbeschrieben 2 Stimmentel. Es haben erhalten Dr. Döpler-

Beleidigtegramm Dr. Simons.

Berlin. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten hat an den Reichswehrminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Tief erschüttert über das schwere Unglück beim Weserübergang bei Vellheim spreche ich Ihnen und der Reichswehr meine herzlichste Teilnahme aus; zugleich bitte ich Sie, den Angehörigen der verunglückten Soldaten sowie den betroffenen Truppenteilen den Ausdruck meines aufrichtigen Beileids zu übermitteln. Ueber das Ergebnis der Untersuchung der Ursachen dieses Unglücks bitte ich Sie, mich auf dem Laufenden zu halten.“

ges. Dr. Simons.“

Reichskanzler Dr. Lütke

sandte an den Reichswehrminister Dr. Gehler folgendes Telegramm: Tief erschüttert übermittle ich Ihnen das aufrichtig empfundene Beileid der Reichsregierung zu dem schweren Unglücksfall an der Weser, durch den so zahlreiche Angehörige der Wehrmacht in treuer Pflicht- und Pflichterfüllung den Tod gefunden haben. Ich bitte Sie, auch den Angehörigen der Verunglückten der Reichsregierung und mein aufrichtigstes Mitgefühl auszusprechen.

Reichswehrminister Dr. Gehler

hat an den Kommandeur des 18. Inf.-Regt., dem die Mehrzahl der Ertrunkenen angehört, folgendes gedraftet: Tief erschüttert durch die Meldung von dem schrecklichen Unglücksfall spreche ich dem Regiment und den hierdurch so schwer getroffenen Angehörigen meine herzlichste Teilnahme aus. Ich gedenke in tiefer Trauer der Toten, die in treuer Pflichterfüllung für das Vaterland starben. Sämtliche Gebäude der Reichswehr haben bis einschließlich 4. d. M. aus Anlaß des Unglücksfalls die Flagge halbmast gesetzt.

Aus Anlaß des Unglücksfalles sprachen ferner ihr Beileid aus der spanische Militärattache, der Vorsitzende des Reichsbundes deutscher Eisenbahn-Kriegsteilnehmer 1914/18 und des Bundes deutscher Reichsbahnbeamten und Anwärter sowie der Vorstand der Deutschen Turnerschaft.

Aschhoff (Dem.) 213 Stimmen, Dr. Peters (Rechtsparteien) 177 Stimmen.

Dr. Döpler-Aschhoff ist also zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. (Beifall in der Mitte.)

Das Haus vertagt sich.

10 Personen bei einem Eisenbahnzusammenstoß getötet. — Viele Verletzte.

Moskau. (Funkpruch.) Bei einem Zusammenstoß eines aus Mineralnysje Wody (Kaukasus) kommenden Zuges mit einem Vorortzug in der Nähe von Moskau in Sokolniki wurden 10 Personen getötet, 10 schwer und 16 leicht verletzt.

Eine schwere Explosion auf einem Torpedoboot.

4 Mann getötet — 4 schwer verletzt.

Berlin. (Funkpruch.) Bei einer Dampfprobe, die am 31. März nachmittags auf dem Torpedoboot G. 8 auf der Werft in Wilhelmshaven vorgenommen wurde, ist infolge Herausfliegens der Packung eines Mannschußdeckels Dampf in den Heizraum geströmt. Dadurch wurden 2 Marine-Heizer und 2 Kesselschmiede getötet, 1 Maschinistenmaat, 1 Marine-Heizer und 2 Werftarbeiter wurden schwer verletzt.

Die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages.

Berlin. (Funkpruch.) Der deutsch-spanische Handelsvertrag wurde heute vormittag im Reichstagsauschuß mit 17 gegen 5 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. Angenommen wurde eine Entschließung auf Einleitung neuer Verhandlungen. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei und die wirtschaftliche Vereinigung, während die übrigen Parteien nicht einheitlich stimmten. Für den Antrag stimmten 2 Vertreter des Zentrums und der Demokraten.